



Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 20.—, vierteljährl. M. 60.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 66.— einchl. Postbestellgeb. Einzelnummern 1.— Pfg. : Großkonto Nr. 50 bei der Oberamtsparafasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Pettzelle oder deren Raum M. 200, auswärts M. 250. : Reklamezelle M. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Anstufertellung werden jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.



Num. 160

Febru. 179

Wildbad, Mittwoch, den 12. Juli 1922

Febru. 179

57. Jahrgang

Neue Kriegsschadigungs-Verhandlungen

Tagespiegel

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Entschädigungskommission über die Ablieferung von Kohlen sind im Gang.

Die irischen Aufständischen haben fünf Eisenbahnbrücken in die Luft gesprengt. Dadurch ist die Bahnverbindung Belfast-Dublin unterbrochen.

Nach einer Londoner Meldung findet zwischen den Regierungen des Verbands und Berlin ein wichtiger Telegrammwechsel über die Kriegsschadigung statt. Die britische Regierung ist für ein baldiges Zusammenkommen des Obersten Rats oder der Finanzminister des Verbands. Die Londoner Blätter erklären vielfach, für den Zusammenbruch Deutschlands sei die französische Politik verantwortlich zu machen.

Die wirtschaftliche Lage

Am Juli 1914, als wir noch eine Goldwährung hatten, stand die Goldparität Deutschland-Amerika auf 4.20 Mark für 1 Dollar. Heute, im Juli 1922, im Zeichen der unbegrenzten Papierwährung, gibt man rund 520 Mark für 1 Dollar. Unser Geldvorrat ist durch die schrankenlose Notenfabrikation, die in der Hauptsache durch die Scheinwerte der stets verlängerten Schatzwechsel der Regierung gedeckt wurde, derart aufgebläht, aufgeblasen worden, daß er im Vergleich zu rein gebliebenen Goldwährungen oder zum unverändert gebliebenen oder gar noch zurückgegangenen Sachgüterbestand nur noch ein Hundertstel des alten Werts, der alten Kaufkraft darstellt. An 100 deutschen Mark von heutzutage ist kaum die 1 noch echtes Gold, die beiden 00 mag man ruhig streichen, sie sind Luft, wertlose Aufblähung, das heißt: Inflation.

Die durch den Berliner Buchdruckerstreik nunmehr stillliegende Notenpresse als Druckapparat erzeugt nur die Geldzeichen für den täglichen Verkehr; die großen Zahlungs- und Kapitalisierungsvorgänge dagegen vollziehen sich bargeldlos durch „Kreditgeld“, dessen Wert selbstverständlich — soweit es in Reichsmark abgestimmt ist — gleichfalls den Einflüssen der Inflation, also der Vermehrung der schwebenden Schuld der Regierung durch neue Schatzwechselgebung, unterworfen ist.

Diese Zunahme der schwebenden Schuld ist der Angelpunkt unserer gegenwärtigen Katastrophe. Infolge der Verpflichtungen an den Feindverband muß die Regierung viele Papiermilliarden mehr ausgeben, als sie selbst aus Steuern, Zöllen und Betrieben einnimmt. Um den Abmangel zu decken, macht sie Schulden, gibt sie Wechsel aus, die immer geringer gewertet werden, je mehr davon auf den Geldmarkt gelangen. Das ist ein unabänderliches, wirtschaftliches Gesetz.

Entspannung könnte kommen, wenn in diesem Augenblick des beschleunigten Wirtschaftsverfalls die Neuordnung des Schuldenverhältnisses die Gewährung der internationalen Anleihe durchgeführt würde. Aber all dies scheint bis zum Herbst vertagt zu sein. Auf welcher Höhe wird dann der Dollar stehen?

Unterdessen kommt eine neue unerhörte Teuerungswelle heran, die mit Wucht gegen die erschütterten Grundlagen unseres Staatsgebäudes anbrandet. Ohne den Druck der wirtschaftlichen Not würde die scharfe innerpolitische Zuspitzung gar nicht zu erklären sein. Verarmung treibt zur Verzweiflung.

Bedenklich erscheint vor allem, daß der Unternehmungsgeist offenbar erschläft. Noch im letzten Jahr war Rot ein Ansporn zu erhöhter Regsamkeit. Man suchte mit aller Kraft den Rückgang an Sachwertvermögen durch erhöhte Laistkraft auszugleichen. Heute ist es damit etwas still geworden. Die Geldknappheit schnürt selbst den betriebsamsten Unternehmern die Hände zusammen. Was wir im Wirtschaftsleben noch an Bewegung sehen, sind höchstens die Folgen der Geldentwertung und des Warenausverkaufs, also — nach langer Zeit wieder einmal — steigende Börsenkurse, hohe Dividendenziffern, Kapitalserhöhungen, flotte Beschäftigung, erhöhte Preise. All das liefert Gewinne, aber nur Papier-

markgewinne, die heute noch riesengroß erscheinen und morgen schon ziemlich zusammengeschrumpft sind. Schöpfung neuen Arbeitskapitals dagegen, Gründung neuer Betriebe, Errichtung neuer Auslandsniederlassungen findet man nun ganz verschwindend wenig. Die großen Verdienner von heutzutage verbrauchen zwar viel reichlicher als früher, leben in Freuden und kaufen sich Automobile und sonstigen Luxus, aber sie legen nichts an und tun nichts Wesentliches zur Vermehrung der Erzeugung. Zu wirklich großen Unternehmungen fehlt vollends bereits die erforderliche Spannkraft. Man plant schon seit langem große Gründungen für den Wiederaufbau russischer Industrien, wofür ja der Rapallo-Vertrag eine Grundlage gewährt. Deutsche Ingenieure, Organisatoren und sonstige Fachleute sind genug vorhanden, aber es mangelt an Geld. Darum kommen auch die angelegten Pläne nicht vorwärts. Selbst unsere dringlichsten Verkehrs- und Kraft-Bauvorhaben in Deutschland leiden an arger Stockung; es gibt kein Geld, selbst für die sichersten Unternehmungen nicht. Und auch die reichsten Gewinne, die heute in der Industrie erzielt werden, reichen nur eben aus, um die Betriebe gerade noch auf der bisherigen Höhe zu erhalten und den enorm gestiegenen Kostenanschlag zu werden.

Reich und Gemeinde

In naher Zeit wird der Reichstag bei Aenderung des sogenannten Landessteuergesetzes vor die Entscheidung gestellt sein, ob die Gemeinden fürderhin als Anhängsel des Reichs größtenteils aus dessen Tasche leben sollen, oder ob ihnen wieder erlaubt wird, ihre selbständigen Aufgaben nach selbständigem Ermessen, also auch mit selbständigen Mitteln zu erfüllen.

Mit schnellem Griff hat das Reich die wichtigsten Steuerquellen an sich gezogen, aus welchen vordem Bundesstaaten und Gemeinden Nahrung schöpften. Auf längere Dauer würde aber den Gemeinden die Abschneidung ihrer natürlichen Einnahme nicht erträglich sein; schon erhoben sich Beschwerden um Beschwerde. Nicht wegen der Sparfamkeit und Einschränkung, die jetzt von jedermann und so auch von jedem Gemeinwesen gefordert wird. Die Gemeindeverwaltungen arbeiten vielmehr kostspieliger als früher, weil sie unter der Unsicherheit stehen, in welcher Höhe und wann sie Geldmittel vom Reich zu erwarten haben. Ihr Begehren geht nicht nur auf schleunigste Erhöhung des festen Anteils der Gemeinden an den großen Reichsteuern — Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer —; das Mittel, welches einzig und endlich nützen kann, ist die Beseitigung oder Abschwächung des in seiner Einseitigkeit unglücklichen Geschenksystems und die Wiedergabe der Freiheit, zu den Reichsteuern, vor allem zur Einkommensteuer bewegliche Zuschläge zu erheben. Die Gemeinde will die eigene Steuerhoheit in den der mittelbaren Staatsverwaltung begrifflich gezogenen Grenzen zurückerobern.

Die Entwicklung der deutschen Gemeinden bewegt sich heute auf abschüssiger Bahn. Als in den Anfängen der Lebensmittelmittelwirtschaft während des Kriegs die Gemeinden sich stark genug für diese Bürde erwiefen, entdeckte das Reich, daß sie eigentlich berufen seien, der staatlichen Gesamtheit alle derartigen Aufgaben abzunehmen. Die Zeit nach der Revolution hat hierin eine Steigerung gebracht. Heute tritt kaum eine wirtschaftliche oder soziale Neuschöpfung ins Leben, in welcher nicht die Gemeinde als meistbelasteter Schlussstein eingefügt wäre. Unter der Fülle der Geschäfte, die so den Gemeinden täglich zwangsweise zu wachsen, geht die Kraft der Erzie verloren, aus sich selbst heraus schaffend zu walten.

Und während sie so unter den sich vermehrenden Ansprüchen der Gesamtheit seufzen, wird ihnen der beste Teil der Mittel, mit denen sie ihre Ausgaben bestritten, lahmgelegt und eingeengt. Die Gemeindeverwaltungen stehen unter dem Druck, daß die Reichsfinanzverwaltung gegen jede Steuer Einspruch erheben kann, die das Steuerertrahmen des Reichs zu schädigen geeignet ist. Auf dem Gebiet der Realsteuern erheben die Gemeinden besorgt vorbeugend ihre Stimme, daß das Reich sich von der Grund- und Gebäudesteuer und der Gewerbesteuer als dem eigensten Feld der Gemeinde unter allen Umständen fernhalte. Bei der wich-

tigsten von allen aber, der Einkommensteuer, bringt der Fortfall des beweglichen Zuschlagsrechts eine Starrheit in das ganze Gemeinde-Finanzwesen, welche die dem örtlichen Bedürfnis sich anpassende Entschließung, also die Selbstverwaltung nahezu unmöglich macht.

Für das Reich ist die Lage keineswegs erfreulicher. Ihm liegt die ganze Widrigkeit der Einkommensteuergesetzgebung ob, aber den Ertrag muß es zum weitens größten Teil an die Länder und Gemeinden abführen und aus dem Rest noch die Veranlagungs- und Hebungskosten bestreiten. Mútel es den Gemeinden eine neue Tätigkeit zu, so entsteht immer von neuem und mit jedesmal wechselndem Ausgang der Streit um die Höhe der Reichszuschüsse. Fast bei jedem Reichsteuergesetz wirft sich, wenn man über die Schwierigkeit hinweg zu sein glaubt, zu guter Letzt die lästige, aber unausbleibliche Frage in den Weg, was davon für die Gemeinden abfallen soll. Wenn die Gemeinden am Reichswagen mitgeschleppt werden, so ist das auch für dessen Bewegung durchaus nicht förderlich.

Staat und Gemeinden müssen sich ergänzen und sich aus-helfen. Für äußerste Not steht die Gemeinde in Reserve des Staats. Mehrfach in der deutschen Geschichte ist sie eingespungen, wenn der größere Verband versagte. Während in der Revolution das staatliche Gefüge mit einem Ruck zerbrach, kamen die Gemeindeverwaltungen als nummehrige Hauptträger des Restes von öffentlicher Ordnung fast unverfehrt in ihrer bisherigen Verfassung durch den Sturm hindurch. Der Kredit der Gemeinde soll den des Reichs stützen. Ein Neben- und Aneinanderwirken vermehrt beiden die Kraft; die mechanische Verkopplung des Arbeitens und der finanziellen Leistungsfähigkeit ist Einheit für beide.

Es scheint, als ob die Beratungen über das Landessteuergesetz eine Wendung zum Besseren bringen können. Schon ist der Gedanke aufgetaucht, den Gemeinden kleine Zuschläge zur Einkommensteuer wieder freizugeben. Wenn daneben der feste Anteil von Ländern und Gemeinden an der Einkommen- und namentlich auch an der Umsatzsteuer erhöht wird, werden die Gemeinden fürs erste freier atmen. Je mehr sie es können, um so mehr wird die Verantwortung der Reichsfinanzverwaltung für die jetzige bedrückliche Entwicklung gemindert sein.

Reichsland Oberschlesien?

Aus Oberschlesien erhalten wir folgende Zuschrift: Die Reichsregierung hat den Abstimmungstag für die ober-schlesische Autonomie (politische Selbständigkeit) auf den 3. Sept. angesetzt. Eine bemerkenswerte Erklärung gab vor einiger Zeit der Führer der Natl. Volkspartei, Reichstagsabg. Harrer Ullrich, ab. Nach seiner Ansicht bedeutet die Autonomie Oberschlesiens keine Trennung vom Deutschen Reich und keine Zerreiung der wirtschaftlichen Lebens, sondern Verhütung des „Haktismus“ (worunter er ein unfreundliches Verhalten zu den Polen zu verstehen scheint), Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und der christlichen Schule, Freiheit im Gebrauch der Muttersprache, maßgebenden Einfluß auf die Befetzung der wichtigen Beamtenstellen, und schließlich wirksame Berücksichtigung der ober-schlesischen Deutschen in Balmisch-Oberschlesien. Dabei ist aber zu beachten, daß Ullrich nebenher wiederholt den Vorschlag gemacht hat, Oberschlesien nicht zu einem autonomen Gebiet, sondern zu einer Art Reichsland zu machen, womit er den Demokraten und Sozialisten entgegenkommen will.

Käme aber Oberschlesien unmittelbar unter die Reichsverwaltung, so mühte es seinen Beamtenkörper ganz neu einzustellen. Es mühte ein Parlament bekommen. Es mühte sich ein selbständiges Ministerium zulegen. Die Ämter mühten möglichst mit einheimischen Anwärtern besetzt werden. Dem grauenhaft verstümmelten Oberschlesien sind entzogen 7 große Städte, 1 Million Einwohner, 36 v. H. der Steinkohlen, 67 v. H. der Hochofenwerke, alle Blei- und Eisenerzgruben. Womit soll ein Oberschlesien, dem die größere Hälfte seiner früheren Einnahmequellen fehlt, die Kosten eines eigenen staatlichen Daseins bestreiten? Nicht die Provinz, sondern der Gesamtstaat Preußen trug bisher wesentlich die Verwaltungs- und Beamtengehälter. Im Staat Oberschlesien muß dieser es selbst tun. Und ein Staat braucht außerordentlich viel mehr Beamte als eine Provinz. Der Staatspräsident braucht Wohnung, Gehalt und Repräsentationsgelder, die ins Zehnfache einer Provinzialpräsidentenstelle gehen. Und dann kommen ein Duzend Minister mit sehr hohen Gehältern und Repräsentationsgeldern. Und da die Minister bei der sicher sehr lebhaften

Politik des Staats Oberbefehl oft wechseln werden, wobei die Abgehenden Pension erhalten müssen, so wäre das Staatsspiel sehr teuer. Denken wir an Universität und Technische Hochschule, eigenes Landtagsgebäude, eigene Landesmiliz, eventuelle eigene kirchliche Verwaltungsstellen, so kommt dem ruhig erwägenden Oberbefehl zum Bewußtsein, daß der Staat Oberbefehl — mit der Neugründung Danzig wäre das gar nicht zu vergleichen — ein allzu kostspieliger Spaß für ihn wird, zumal er von der Kriegsschuldenerpflichtung durchaus nicht frei wird.

Mordgerüchte als Börsenmanöver

Seit die bürgerlichen Blätter in Berlin durch den willkürlich vom Jaun gebrochenen Streich der Buchdruckerhilfen lahmgelegt sind, schwirren in der Reichshauptstadt die tollsten Gerüchte herum. Bald heißt es, Scheidemann sei ermordet worden, bald ist Reichspräsident Ebert, der sich ganz munter in Freudenstadt befindet, einem Anschlag zum Opfer gefallen, selbstverständlich hat auch schon der Reichskanzler gerüchteleise daran glauben müssen und außer ihm noch viele andere, jeden Tag mindestens einer, kurz, Berlin ist nach den Gerüchten die reine Mordstadt geworden. Die Reichsregierung hat schon einmal kurz auf die Täppigkeit der tollen Erfindungen hingewiesen, das hat aber nicht viel geholfen, denn — das ist der springende Punkt — es handelt sich hier nicht um schlechte Witze oder um die Ausgeburt erzhitziger Phantasien oder unverbesserlicher Lastermäuler, wie sie in einer so erregten Zeit vielleicht erklärlich wären, sondern um wohlberechnete Absicht, die um so gefährlicher ist, als Berlin, wie gesagt seit mehr als einer Woche fast ohne Presse ist und dem Schwindelmanöver nicht mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten werden. Nachgerade ist es auch dem Ausland zu hant geworden; man sieht dort besser noch als bei uns die Zusammenhänge: den deutschen Markwert möglichst tief herabzudrücken, wodurch dem Reich die größten Schwierigkeiten nach außen erwachsen und im Innern durch die Teuerung und ihre Folgen Gefahren heraufbeschworen werden. So schreibt der „Sozialdemokrat“ in Kopenhagen, indem er das Treiben an der dortigen Börse und die gierige Aufnahme der Berliner Mordgerüchte baselbst festnagelt: „Alles deutet darauf hin, daß hier ein örtliches Mordmanöver stattgefunden hat, das den Umsatz von Millionen und aber Millionen verurteilt und Riesenerlöste und Riesengewinne hervorgerufen hat. Wir können nur unseren tiefsten Abscheu ausdrücken vor der Bornahme solcher Manöver und solcher Schamlosigkeit. Man stelle sich vor, daß gestern abend Börsenspekulanten saßen und ihre Gewinne aufzählten, die durch die fabrizierten Mordgerüchte erzielt waren.“

Deutscher Reichstag

Berlin, 11. Juli.

Der Reichstag begann am späten Nachmittag seine Beratungen und nahm nach kurzer Aussprache das von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Rechten eingebrachte Initiativ-Gesetz betreffend die Bezüge von Sozialrentnern in allen drei Lesungen an. Danach werden neue Bohnklassen gebildet und die Leistungen bei den Invaliden-, Alters- und Witwenrenten um jährlich 3000 Mark erhöht. Auch kann die Unterstützung von Rentnern durch Notstandsmassnahmen erleichtert werden. Bei der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutze der Republik erklärte der bayerische Gesandte Dr. v. Preger, daß die bayerische Regierung grundsätzlich dem von dem Gesetz verfolgten Zweck, Angriffe auf die verfassungsmäßige Staatsform mit den schärfsten Maßregeln zu bekämpfen, zustimme. Sie habe jedoch gegen verschiedene Bestimmungen des Entwurfs schwere Bedenken getragen. Durch die Beschlüsse des Ausschusses sei zwar ein Teil dieser Bedenken beseitigt oder gemildert, grundlegende Bestimmungen der ursprünglichen Vorlage aber beibehalten oder sogar noch verschärft worden, wodurch es der bayerischen Regierung unmöglich sei, der Ausschlußfassung zuzustimmen, besonders wegen der Zusammenlegung des Staatsgerichtshofs. Die Fortsetzung der Besprechung wurde auf morgen vertagt. Das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik wurde dem Rechtsausschuss überwiesen.

Aus dem Reich

Die Landesfarben am Stahlhelm.

Berlin, 11. Juli. Das Reichswehrministerium hat sich damit einverstanden erklärt, daß neuerdings auch auf dem

Heimatwurzeln.

Roman von Hans von Seltzenhausen.

(Nachdruck verboten)

„Ach, du — wie liebe ich dich. — Ich habe es ja selbst heiß gefühlt, daß wir nicht auseinanderzureißen waren. Es sind eben dieselben Lebenswurzeln, in denen wir fest zusammenwachsen. — Ich wenigstens wäre verdorrt und vergangen, wenn man mich in ein anderes Erdreich verpflanzt hätte.“

„Ja, die Wunden wären nicht geheilt, wenn man uns — das — was du Lebenswurzeln nennst, gewaltsam voneinander geschieden hätte“, sagte sie sehr ernst. „Welch ein unendliches Glück liegt in dem Gedanken, Wolf, daß wir einander so notwendig sind.“

Zwei Jahre später hat Gottfried Haller die ihm so teuren Menschen in der Parnitzer Dorfkirche getraut. Der Bilderreichtum seiner Rede fehlte auch heute nicht. Aber er ging tief zu Herzen, und die Pastorin fand keine Ursache, sich dabei zu ängstigen. Auch er gebrauchte den Vergleich von zwei jungen, kraftvollen Bäumen, die man nebeneinander in das gleiche Erdreich gepflanzt habe. Und siehe da — als man daran ging, den einen fortzunehmen, da fand sich, daß ihre Wurzeln so tief ineinander gewachsen waren, daß sie Sayaden genommen haben würden, hätte man sie gewaltsam trennen wollen. . . Kraft und Saft des einen war dem anderen so notwendig, wie das Leben selbst. — Und es waren liebevolle Hüter da, die einsahen, daß man sie beieinander lassen müsse. — Und so schaukelte man das Erdreich wieder zu und sah aufmerksam hin, wie sie begannen, gemeinsam und herrlicher als vorher zu grünen und zu blühen.

Stahlhelm des Reichsheers ein landsmannschaftliches Abzeichen getragen wird. Es besteht aus einem kleinen, an der linken Seite des Stahlhelms aufgemalten Wappenfeld in den Farben des betreffenden Landes.

Auf der Spur der Mörder?

Berlin, 11. Juli. Amlich wird mitgeteilt, daß die Berliner politische Polizei den Mördern Rathenaus Hermann Fischer und Erwin Kern auf der Spur sei. Vom 4. bis 6. Juli haben sie sich in Bismar (Mecklenburg) aufgehalten und seien dann über hannoversches Gebiet nach der Altmark gekommen. Anscheinend wollen sie nach Süddeutschland flüchten. Sie sollen ohne genügende Mittel, entrüstet und im Besitz von Fahrrädern sein.

Außer Killinger sind weitere verhaftete Mitglieder des Schutz- und Trugbunds aus der Haft entlassen worden.

Verhaftungen

Berlin, 11. Juli. Wie nunmehr bekannt wird, ist Graf Ernst von Krenlow in Berlin auch verhaftet worden; die bei ihm durchgeführte Hausdurchsuchung hat nichts Besonderes zutage gefördert.

Der vor einiger Zeit in der Rathenausache verhaftete Kapitänleutnant v. Killinger mußte wieder aus der Haft entlassen werden.

Die kommunistische „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf des Bollzugsausschusses der kommunistischen Internationale aus Moskau an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die „Reaktion“ in Deutschland mit dem Schwert niederzuwerfen.

Der „Vorwärts“ (Soz.) und die „Freiheit“ (Unabh.) veröffentlichten einen Aufruf des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbunds in Antwerpen zum Kampf gegen die Reaktion.

München, 11. Juli. Die „M. N. N.“ teilen zu der aus Berlin gemeldeten Entsendung des Oberreichsanwalts mit 13 Berliner Kriminalbeamten zur Untersuchung der Mordfälle Rathenaus und Bornahme von Verhaftungen mit, daß die Polizeidirektion München von den Einzelheiten der Berliner Erhebungen über gewisse Verbindungen der Organisation keine amtliche Kenntnis erhalten habe. Auch die Anwesenheit der 13 Kriminalbeamten sei amtlich nicht bekannt; zu Amtshandlungen auf eigene Faust seien sie in Bayern nicht befugt. Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen dreier Studenten in München seien durch Münchener Kriminalbeamte vorgenommen worden. Es wurden mehrere Personen vernommen, darunter General Jundendorf, doch verliefen die Vernehmungen ergebnislos. Die verhafteten Studenten werden wieder in Freiheit gesetzt.

Auflösung

Braunschweig, 11. Juli. Das Staatsministerium hat sämtliche im Freistaat Braunschweig bestehende Gruppen der Deutschsozialen Partei aufgelöst und verboten.

Gegen das Verbot der Regimentsfeiern

Darmstadt, 11. Juli. Der Verband hessischer Regimentsvereine hat im Namen von 20 000 ehemaligen Soldaten beim Reichsrat Bescheid eingelegt gegen die Ausführungsbestimmungen des Reichstags zum Ausnahmegesetz, wodurch in Hessen die verschiedenen Regimentsfeiern und andere Versammlungen ehemaliger Regimentsangehöriger verboten werden, weil hierdurch das Gesetz einseitig zur Anwendung komme. Der Verband betont, daß die Regimentsvereine niemals Politik betrieben haben und daß auf keiner Veranstaltung in Hessen auch nur der leiseste Versuch vorkam, die Anwendung des Ausnahmegesetzes zum Schutze der Verfassung rechtfertigen könnte.

Der drohende Bergarbeiterstreik

Essen, 11. Juli. Der Alte Bergarbeiterverband und die Hirsch-Dunckerischen Vereine haben im Ruhrgebiet 550 000 Kündigungszettel mit Flugschriften verteilt. Die Kündigung soll am 15. Juli auf den 1. August erfolgen.

Textilarbeiterstreik?

Berlin, 11. Juli. Die Textilindustriellen verlangen die Einführung der 48stündigen Arbeitswoche, was die Arbeiter ablehnen. Die Verhandlungen sind ergebnislos geblieben, von den Arbeitern wurde die Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangt.

Vom Ausland

Die Bemühungen um den Zahlungsausschub

Paris, 11. Juli. Ueber die Unterredungen zwischen den

deutschen Staatssekretären Fischer und Schröder mit Mitgliedern der Entschädigungs-Kommission schreibt der „Petit Parisien“, die Mitglieder der Kommission plaudern, bevor sie eine Entscheidung über einen etwaigen Anschlag treffen, erst müsse Deutschland den Verfallung vom 15. Juli erledigen, denn zahlenmäßig werden 50 Milliarden Goldmark auf 35 Milliarden herabgesetzt im Hinblick auf die Lieferungen, die Deutschland den Ver. Staaten geleistet habe, und zweitens sei es notwendig, den Bericht des Garantenausschusses über die Einrichtung der Ueberwachung des deutschen Reichshaushalts abzuwarten, der Ende dieser Woche erwartet werde. „Petit Parisien“ meint, daß vielleicht ein Ausschub garnichts mehr nützen würde, sondern daß, um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern, eine ängere Anleihe notwendig sein werde.

Deutschland an der Grenze der Zahlungsfähigkeit

Paris, 11. Juli. Das „Journal“ berichtet über die Arbeiten des Garantenausschusses in Berlin, daß sie großen Schwierigkeiten begegnen. Die Deutsche öffentliche Schuld am 31. Mai wurde endgültig festgestellt. Sie beläuft sich auf 373 298 Millionen Papiermark, dazu kommt die Reparations-schuld mit 13 670 Millionen Goldmark, d. h. also 136 670 Millionen Papiermark, zusammen 509 968 Millionen Papiermark. Diese Schwindelheit hoben Ziffern beweisen, daß von weiteren Geldzahlungen Deutschlands keine Rede sein kann, weshalb Reparationen in natura gefordert werden müssen, wofür das „Journal“ nachdrücklich eintritt, wobei es aber darauf hinweist, daß zunächst einmal die Zollfrage für deutsche Waren gründlich abgeändert werden müssen, was allerdings beträchtliche Anstrengungen kosten würde, damit man Betrügereien vermeiden würde. Man müsse eine ganz neue Regelung der Zollfrage vornehmen, was lange dauern werde.

Die „gebotene Gelegenheit“

Paris, 11. Juli. In der französischen Kammer sagte der Abgeordnete Leo Blum bei der Erörterung der Kriegsschuld (zu Poincaré gewandt): Sie (Poincaré) haben eine gute Gelegenheit der Geschichte abgewartet, um die notwendige Genugtuung für 1870/71 zu erhalten. Wir haben nach dieser Politik auf den Tag gewartet, wo eine unvorhergesehene Bewegung Deutschlands es Frankreich gestattete, die gebotene Gelegenheit zu ergreifen. Die Politik Poincarés war ein Zurückgehen auf die Politik nach 1870. Sie (Poincaré) haben die Haltung eines Mannes eingenommen, der „nicht den Krieg will“ und ihn nicht „erklären“ wird, der ihn aber annimmt, wenn er ihm in einem günstigen Augenblick die notwendige Wiederherstellung verspricht. Ihnen, Herr Präsident, gebührt der Ruhm dieser Politik; verteidigen Sie sie auch gegen diejenigen, die meinen, Ehre und Sicherheit bestehe darin, den Krieg auszurufen und für den Frieden zu arbeiten. (Poincaré wurde 1912 zum ersten Mal Ministerpräsident. D. Schr.)

Arbeitslosigkeit und Friedensvertrag

London, 11. Juli. Der englische Arbeiterführer Clynes erklärte in einer Verammlung, die Arbeitslosigkeit in England rühre davon her, daß in Versailles kein Hunger und gerechter Frieden geschlossen worden sei. Das müsse nachgeholt werden, und zwar nicht aus Rücksicht auf Deutschland, sondern mit Rücksicht auf die schlimmste Lage, die durch die Fehler und Irrtümer Englands herbeigeführt worden seien.

Befürzung in Washington

Paris, 11. Juli. „New York Herald“ meldet aus New York, der Bericht des amerikanischen Handelsattachés in Berlin bei der Botschaft in Berlin über die finanzielle Lage Deutschlands habe bei der amerikanischen Regierung geradezu Bestürzung hervorgerufen, die noch verstärkt wurde durch die Meldung, daß Deutschland wieder um einen Zahlungsausschub nachgesucht und die englische Regierung mit dem amerikanischen Botschafter in London über den Bestand der amerikanischen Regierung verhandelt habe.

Württemberg

Stuttgart, 11. Juli. Das Landesfeuerwessungsgesetz wird in seiner dritten Änderung dem Landtag demnächst zugehen.

Tödlicher Unfall. Am Montag erlitt in einem Hause der Senefelderstraße ein 54 Jahre alter Farbmeister beim Reinigen eines Benzinbehälters durch Gas den Erstickenstod.

Fundblebstahl. In der Nacht vom 12./13. Juni ging in der Friedhofstraße hier eine Altkennmappe mit Inhalt verloren. Das in der Altkennmappe enthaltene Vorgesicht in Höhe

Seitdem auch Frau Ruhstrat sich in die Heirat gefunden hatte, machte sie gar kein Hehl daraus, daß Parnitz ihr verleidet sei, und daß die alte Sehnsucht nach dem Charlottenburger Siffi wieder erwache.

Wenn sie mit dieser Drohung früher schnell bei der Hand war, hatte Egon immer gültige Worte zu ihrer Beschwichtigung gefunden. Zu ihrem äußersten Erstaunen blieben sie diesmal aus. Er ging vielmehr sofort auf diesen „großen Wunsch“ von ihr ein und sprach die Ansicht aus, daß nach Gerdas Verheiratung ja kein Grund mehr vorhanden sei, ihnen noch weiter das schwere Opfer zu bringen, in Parnitz zu leben. Da sie erschrocken sich dagegen verwahren wollte — so habe sie es ja nicht gemeint, und der Abschied würde ihr unendlich schwer werden — folgten unerquickliche Erörterungen. Danach mochte sie von selber eingesehen haben, daß das alte Verhältnis sich nicht mehr aufrecht erhalten ließe. Sie ödete ihre Umgebung unerträglich an, da sie bei jeder Gelegenheit betonte, sie selber hänge ja mehr an Parnitz, als irgend jemand geahnt habe. Aber da sie genau fühlte, daß man bestrebt sei, sie hinauszuwürgen, so gehe sie lieber freiwillig.

Es war also vereinbart worden, daß Tante Lamine bald nach der Hochzeit Parnitz verlasse.

Frau Ruhstrat wies auf das junge Paar und bemerkte, daß man doch zugeben müsse, die beiden seien ein herzbewegender Anblick.

Tante Lamine verzog das Gesicht grimmig.

Wenn Stads nicht dagewesen wäre, der den beiden Damen jetzt Vimonade und Selterwasser vorsetzte, wäre es zwischen ihnen noch zu einer Art Zweikampf gekommen. Er sah von einer zur andern und sagte strafen:

„Na — so'ne Gesichtser gehören nu aber nich in den heutigen Tag. Wer sich da nicht freuen kann, der soll

Von 16 000 Mt. war bei Auffinden der Kasse nicht mehr vorhanden.

Heilbronn, 11. Juli. Lehrerentlassung. Auch hier war ein unzulässiger Lehrer am hiesigen Seminar und ein Hauptlehrer des Bezirks wegen Austritts aus der Kirche und Verweigerung des Religionsunterrichts aus dem Dienst entlassen worden. Nach mündlichen und schriftlichen Verhandlungen hat nun die Schulbehörde die Entlassungsverfügung dem Landrat gegenüber wieder zurückgenommen.

Stuttgart, 11. Juli. Von den württ. Reichstagsgeordneten haben gegen die Getreideumlage gestimmt: Bazille, Haag, Körner, Vogt-Gochlen, Herrmann und Heilmayr, dafür: Andre, Holz, Hildenbrand und Keil; der Stimme enthielten sich Hieber, Wieland, Reinath und Eger (Hohenz.)

Stuttgart, 11. Juli. Zwischen der Sozial. Partei Württembergs und den Kommunisten sind wieder Streitigkeiten entstanden. Die Einheitsfront besteht nicht mehr. Warnung. Ähnlich wird vor mißbräuchlicher Benützung der Schüler- und Arbeiterrückfahrkarten gewarnt. Uebertretung hat Entziehung, Fahrgeldnachlösung und gerichtliche Strafe zur Folge.

Mähringen, Ost. Tübingen, 11. Juli. Eine Seltenheit. Die Kuh einer Witwe brachte nach einer Trächtigkeit von 54 Wochen ein 115 Pfund schweres Kalb zur Welt.

Geislingen, 11. Juli. Durch Selbstmord hat sich in Nöschlingen ein Kurgast, der sich Graf Brandenstein nannte, der Verhaftung entzogen. Er war durch Postsendungen unter verschiedenen Namen verdrängt geworden.

Langenagen, 11. Juli. Vorsicht beim Kirchengessen. Dieser Tage starb hier ein Mann, weil er nach dem Genuß von Kirchengessen Wasser getrunken hat. Es handelt sich um den Besitzer der Saggermaschine.

Jülingen Ost. Maulbronn, 11. Juli. Tabakpflanzerverband. In einer Versammlung der Tabakpflanzerverbandes Württembergs unter Vorsitz des Schultheißen Burkhardt-Rohrhaug wurde nach einem Vortrag des Dipl. Landwirts Seeger von der Landwirtschaftskammer ein Landesverband württ. Tabakpflanzerverband gegründet. Zum Vorstand wurde Abg. Vogt-Gochlen gewählt.

Schömberg, Ost. Neuenbürg, 11. Juli. Sängerefest. Unter Beteiligung von 24 weitverbreiteten Vereinen wurde hier das Schwarzwald-Sängerefest abgehalten. Die Leistungen fanden allseitigen Beifall.

ep. Hall, 11. Juli. Jahresfest des Diakonissenhauses. Am letzten Sonntag fand hier die 36. Jahresfeier der Diakonissenanstalt statt, bei der 13 Schwestern eingesetzt wurden. Der Jahresbericht gab Einblick in eine ausgedehnte segensreiche Tätigkeit. Die Zahl der Diakonissen beträgt nun 341; weitere Zunahme ist dringend erwünscht. In den mit dem Mutterhaus verbundenen Krankenhäusern für Erwachsene und für Kinder, in den Heimen für Frauen und für Schwachsinnige wurden insgesamt 3328 Kranken gepflegt; in auswärtigen Krankenhäusern und Anstalten stehen 65, in 144 Gemeindefamilien, auf denen 29 621 Kranke gepflegt wurden, 165 Diakonissen. Die drückende finanzielle Sorgenlosigkeit wird dadurch beleuchtet, daß gegenüber 1913 z. B. die Kosten für Brot mit 741 000 Mark auf das 47fache, für Heizung mit 1 990 000 Mark auf das 71fache, für Frachten mit 600 000 Mark auf das 120fache gestiegen sind. Diese Ziffern zeigen, wie unerlässlich die nunmehr eingeleitete Notpende für die Anstalten der Liebestätigkeit in Württemberg ist.

Taiffingen, 11. Juli. Verunglückt. Die 15jährige Tochter der Familie Johann Kromer kam, während sie sich im Radfahren übte, unter einen Lastkraftwagen und erlitt tödliche Verletzungen.

Schwenningen, 11. Juli. Das 28. Württ. Landesfest nahm am Samstag mit einem Begrüßungsabend seinen Anfang. Am Sonntag war Festzug, an dem sich das Gruppenfest schloß. Die Preisverteilung findet am Mittwoch statt. Das nächste Landesfest soll in Ulm abgehalten werden.

Buchau, 11. Juli. Auf den Spuren des Mörders. In Marbach wurde ein Einbruch verübt. Der Dieb wurde in der Dunkelheit verfolgt und dabei, als der süchtige Mörder Menz erkannt. Als ihm einige Schiffe nachgeahndt wurden ließ er seinen Raub fallen und verlor auch seine Wähe. Er entkam in den Wald. Es ist festgestellt, daß Menz nächtliche Besuche in dem leerstehenden eiserne Haus (seine Mutter ist bekanntlich verhaftet) gemacht hat.

Von der württ. Mittelstandsnothilfe. Die Geldsammlungen für die Mittelstandsnothilfe haben im ganzen Lande bis Ende April die Summe von 8 293 106 M. ergeben. Davon entfallen auf Stuttgart rund 1 850 000 M., Heilbronn 807 000 M., Reutlingen 334 000 M., Ulm 291 000 M., Eßlingen 283 000 M., Heidenheim 251 000 M., Göppingen 238 000 M., Balingen 223 000 M., Ravensburg 157 000 M., Geislingen 145 000 M., Neckarsum 143 000 M., Roitwell und Horb je 135 000 M., Gmünd 129 000 M., Stuttgart Amt 120 000 M., Ludwigsburg und Tuttlingen je 115 000 M., Befigheim 113 000 M., Calw 111 000 M., Walsfee 109 000 M., Dehringen 105 000 M., Hall und Rüringen je 104 000 M., Laupheim 103 000 M. In den übrigen Bezirken des Landes bewegen sich die Summen zwischen 24 000 und 100 000 M. In einem Teil der landwirtschaftlichen Bezirke sind nebenher noch Naturalien gesammelt worden, und zwar im Gesamtwert von etwa 3 000 000 M. Die Mittelstandsnothilfe hat bis jetzt also zusammen über 11 Millionen Mark eingebracht. Die Verwaltungskosten der Sammlung und Verteilung der Gelder betragen bis jetzt etwa 70 000 M.

Von der Post. Im Postgebührenausschuß des Reichstags hat Postrat Nöhler Klage geführt, daß das Postpersonal

man getrost zu Bett gehen — da steht solche Gesichter wenigstens feiner.

Ja — das seine machte alles wieder gut, was die beiden andern an Freude fehlen ließen.

Frau Nöhler ergriff ein Glas Limonade und trank ihm zu. Jetzt lachte sie sogar und sagte: „Sie haben recht! Man muß sich über Leute, die keine Einsicht haben, nicht aufregen.“

Er sah sie prüfend an: „Wenn ich das in meinem Leben hätte tun sollen, dann wäre ich längst tot. Wenn mir mal die Galle ins Blut köchelte, denn habe ich bloß unniere liebe Gerda angesehen — denn war mir gleich wieder jut. . . Na, und wer ihr heute ansieht an sich seien kann, daß ihr Glück auch ein Glück für alle andern wird, der muß noch einmal von vorne anfangen, um im Leben richtig sehen zu können.“

— Ende. —

allen Beständen der Verwaltung, innerhalb des achtstündigen Arbeitstags eine erhöhte Leistungsfähigkeit herbeizuführen, hartnäckigen Widerstand entgegensetze. Diese Verhältnisse treffen, wie der württ. Beamtenbeirat uns schreibt, auf die Post in Württemberg nicht zu. Hier ist schon durch eine Denkschrift der württ. Regierung von 1911 eine Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung und auch des Postbetriebs durchgeführt worden. Der achtstündige Arbeitstag habe in Württemberg auch keine Verringerung der Leistungen der Post zur Folge gehabt, wofür die günstigen finanziellen Ergebnisse der Post in Württemberg das beste Zeugnis seien.

Aus dem Bericht der Württ. Landwirtschaftskammer

(1. April 1921—1922)

Dem amtlichen Bericht des Direktors Ströbel entnehmen wir folgendes:

Zunächst machte der Ausbau der einzelnen Abteilungen weitere Fortschritte. Nach außen war der Ausbau der Kammer in besonderer Weise gekennzeichnet durch Erwerbung des Versuchsguts Dürna Hof-Vaupheim, durch Errichtung der beiden landwirtschaftlichen Fachschulen Blaubeuren und Kupferzell, sowie durch Ankauf eines weiteren Geschäftshauses in Stuttgart (Marienstr. 23 A). — Gegenüber der Einföhrung des Umlageverfahrens für die Getreideernte 1921 nahm die Landwirtschaftskammer eine ablehnende Stellung ein. Gegen alle Pläne, auch für die Getreideernte 1922 das Umlageverfahren einzuführen, hat sich die Landwirtschaftskammer mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. Eine Beteiligung an der Festsetzung von sogenannten Angemessenheitspreisen für Kartoffeln wurde abgelehnt, da derartige Maßregeln in ihrer Wirkung einer Zwangsverpflichtung gleichkommen und die ordnungsmäßige und rechtzeitige Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln gefährden müßten; der Erfolg hat auch die Richtigkeit dieses Standpunktes der Landwirtschaftskammer erwiesen. Sie hat sich auch gegenüber allen Plänen, im Jahre 1922 die freie Wirtschaft für Kartoffeln einzulegen, unbedingt ablehnend verhalten. Hinsichtlich der Milchbewirtschaftung wurde der Standpunkt vertreten, daß eine Besserung der Milchproduktion nur erreicht werden kann durch rasche Beseitigung jeder Einengung der freien Wirtschaft und durch Bezahlung eines den Herstellungskosten angemessenen Milchpreises.

Zur Versorgung der wirtschaftlich Schwachen mit Kartoffeln und anderen Lebensmitteln, namentlich Brotgetreide, wurde von der Landwirtschaftskammer in Zusammenarbeit mit den übrigen landwirtschaftlichen Organisationen ein Hilfswerk eingeleitet, das dank der Unterstützung durch die landwirtschaftlichen Vereine und dank der Opferwilligkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung einen schönen Erfolg brachte. Es wurden insgesamt ausgebracht: 59 159 Zentner Kartoffeln zu verbilligten Preisen, und 8335 Zentner ganz unentgeltlich. Außerdem 10 779 Zentner Getreide zum Umlagepreis und 1684 Zentner Getreide ganz umsonst, wozu noch einzelne Spenden an Obst, Gemüse, Mehl und dergleichen kommen. Damit wurde von der Landwirtschaft den notleidenden Kreisen insgesamt ein Wert von über 5 Millionen Mark geschenkt. Nicht berücksichtigt sind dabei die von einzelnen Landwirten oder Vereinen an wohlthätige Anstalten und an Private verbilligt oder unentgeltlich abgegebenen Lebensmittel und die Beteiligung der Landwirtschaft an der Mittelstandsnothilfe. Auch die Versorgung der studierenden Jugend mit Lebensmitteln wurde von der Landwirtschaftskammer gefördert.

Die reichsrechtlich zugelassene Errichtung besonderer Landdrankstellen für land- und forstwirtschaftliche Arbeitnehmer in Württemberg wurde beantragt. Die Notwendigkeit rechtzeitiger und ausreichender Hagelversicherung und Feuerversicherung war den Landwirten in Erinnerung zu bringen. Die Einbeziehung der Landwirtschaft in die allgemeine Arbeitslosenversicherung wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde die Einführung einer zwangsmäßigen Viehverversicherung. Eine Erweiterung der Entschädigungspflicht für an Nachkrankheiten von Maul- und Klauenseuche gefallene Tiere wurde beantragt. Die Entschädigungspflicht der Zentralkasse wurde ausgedehnt auf Pferdeverluste infolge Kopitrantheit und ansteckender Blutarmut sowie auf Ziegenverluste infolge von Maul- und Klauenseuche.

Außerordentlich stark machte sich der Mangel an Bestellung von Eisenbahnwagen fühlbar. Dadurch wurden nicht nur Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung hervorgerufen, sondern namentlich auch die ordnungsmäßige Versorgung der Landwirtschaft mit Bedarfsartikeln, insbesondere Düngemitteln, hatte schwer darunter zu leiden. Diese Mängel wurden auch dem deutschen Landwirtschaftsrat berichtet mit der Bitte um Unterstützung bei den Reichsstellen. Beantragt wurde eine Ermäßigung der Fahrpreise für Arbeitnehmer zum Antritt einer neuen Stelle. Wiederholt wurde auch die Forderung vertreten, daß der Landbevölkerung, die zu ihren Besorgungen in der Stadt größtenteils auf den Sonntag angewiesen ist, ebenso verbilligte Sonntagsfahrkarten zugestanden werden, wie den Bewohnern größerer Städte.

Im Steuerwesen wurde die Forderung vertreten, daß bei landwirtschaftlichen Grund- und Betriebsvermögen an Stelle des gemeinen Werts der Ertragswert maßgebend sein soll, eine Forderung, die im Gesetz dann auch im wesentlichen Berücksichtigung fand. Die im Entwurf vorgesehene Erhöhung der Umsatzsteuer wurde von der Landwirtschaftskammer abgelehnt und dann auch in dem geplanten vollen Umfang nicht zum Gesetz erhoben.

Auf dem Gebiete der Arbeiterfragen brachte die fortschreitende Geldentwertung eine wiederholte Erhöhung der Lohnsätze für land- und forstwirtschaftliche Arbeitnehmer. Ebenso wurde der Tarif für die praktisch tätigen landwirtschaftlichen Beamten und Angestellten der fortschreitenden Teuerung angepaßt. — Ausgezeichnet wurden im Berichtsjahr 1051 Dienstboten, die eine Dienstzeit von mindestens 10 bis 55 Jahren aufzuweisen hatten.

Die Stelle für Hausfrauenberatung wurde in großem Umfang in Anspruch genommen. Für Wandertochterkurse war großes Interesse vorhanden; es fanden im Lauf des Winters durch 5 unständig verwendete Wandertochterinnen 15 Kochkurse statt, an denen insgesamt 240 Schülerinnen teilnahmen. Auch wurden 4 Wandertochterkurse für Näh- und Bildunterricht abgehalten.

Die erste Belehungsprüfung, die 25 Landwirtschaftslehrlinge mit Erfolg bestanden hatten, fand im September 1921 auf 5 Höfen im Lande statt.

Sehr umfangreich war die Tätigkeit der Tierzucht-Abteilung auf den Gebieten der Schaf-, Schweine-, Hühner-, Geflügel-, Kaninchen-, Fische- und Bienenzucht. Die

Pflanzengarten-Abteilung veranlaßte Landbau Landab 48 Vorträge, 4 zweitägige Düngelehrlinge, 27 Pflanzenbaukurse. Außerdem wurden 90 Vorträge über das gesamte Gebiet des Obst-, Gemüse- und Gartenbaus gehalten. Kurz: die Landwirtschaftskammer kann auch für das zweite Jahr auf eine rührige Arbeit auf allen sie berührenden Gebieten der ihrer sachdienlichen Förderung amercikanischen heimischen Landwirtschaft zurückblicken. W. H.

Allerlei

Millionenspende. Die Interessengemeinschaft der Deutschen Teerfarbenfabriken hat ihren zahlreichen großen Zuwendungen für Wissenschaft und Technik eine neue Millionenspende hinzugefügt, indem sie der Krefelder Farberei- und Appreturschule 2 Millionen Mt. als Geschenk überwies.

ep. Kriegsspuren in Ostpreußen. Wie manches für den Wiederaufbau der kriegsbetroffenen Gebiete Ostpreußens noch zu tun ist, zeigt die Tatsache, daß es dort noch immer 17 kriegszerstörte Kirchen gibt. Es wurden erst kürzlich vom Oberpräsidenten endlich auf die Wiederaufbauliste gesetzt, aber die Baufosten sind seit der ersten Kriegszeit um das 20fache gestiegen und die Gemeinden müssen sich noch lange sehr kümmerlich behelfen.

Die „Wassensunde“. Wie die „Leipz. N. Nachr.“ mitteilen, haben sich die in der letzten Zeit verbreiteten Nachrichten über angebliche Wassensunde in Sachsen teils als falsch teils als stark übertrieben herausgestellt. So wurde festgestellt, daß die durch ein Postauto in rotender Fahrt fortgeschafften Handgranaten nichts waren als Gosenflaschen. Das in einem Studentenhaus beschlagnahmte „Wassensunde“, von dem so viel die Rede war, entpuppte sich als zwei Messerschläger, wie sie auf jeder Studentenkneipe vorhanden sind. Das vom Leipziger Postamt angeblich zurückgewiesene „Wassensunde“ enthielt chirurgische Instrumente eines Arztes und ein zur Anzeige gebrachttes weiteres Wassensunde in Leipzig bestand in zwei alten Karabinern. — Der Polizeibericht warnt selbst vor dem „Anzeigefieber“.

Die erste landesamtliche Trauung ist dieser Tage in Wudenz (Borarlberg) durch den Bezirkshauptmann Oberamtmann vorgenommen worden, der dabei an das Brautpaar eine Ansprache hielt. Bisher war nur die kirchliche Trauung für die Eheschließungen üblich.

Millionendiebstahl. In die Altertümerhandlung von Bacheth in München, am Karolinenplatz, deren Besitzer zurzeit in Holland ist, drangen Einbrecher ein und stahlen mittelalterliche Goldschmiedearbeiten usw. im Wert von 5 Millionen Mark.

Einprägung von Heilmitteln in Kulturpflanzen. Beim Menschen wird heute eine ganze Reihe von Krankheiten durch unmittelbare Einprägung von Heilmitteln unter die Haut, in den Muskel oder ins Blut bekämpft. Viele bei Menschen und auch Tieren mit Erfolg durchgeführte Behandlungsmethoden werden neuerdings auch auf Pflanzenbehandlung zu übertragen gesucht. In fesselnder Weise berichtet darüber Hans Hauei in der naturwissenschaftlichen Monatschrift „Natur und Technik“; er führt amerikanische Einprägungsversuche der allerjüngsten Zeit dabei an. In den Vereinigten Staaten leidet die Edelkastanie sehr unter einer Pilzkrankheit, der „Kastanien-Rindentrunkheit“. Der Pilz wuchert in Stamm und Ästen unter der Rinde der Bäume und verursacht Krebsartige Erkrankungen, die den Baum sehr schädigen und den Ertrag vermindern. Es wird nun eine Flüssigkeit eingepreßt, die zwar die Pilze vernichtet, den Baum selbst aber nicht schädigen soll. Die Einführung der Flüssigkeit erfolgt nach Harris' Schilderung durch seine Vöcher, die in den Stamm gebohrt werden und dem Baum weiter nicht schaden. Diesen Vöchern wird die Flüssigkeit unter schwachem Druck durch einen mit einer Düse versehenen Gummi Schlauch aus einem Glasgefäß zugeleitet, das an einem etwas höheren Ort befestigt wird. Die Einföhrungsdüsen sind am Stamm befestigt, so daß nur die Flüssigkeit von Zeit zu Zeit nachgefüllt werden muß. Im übrigen arbeitet die Einrichtung nach Angangesehung selbstständig. Am besten wird die Injektionspritze bis in die Tiefe des jungen Holzes geführt, wo sich die Flüssigkeit durch Diffusion verbreitet und zum großen Teil mit dem Wasserstrom des Holzes in die oberen Teile, zum kleineren Teil mittelbar oder unmittelbar in den abfließenden Saftstrom der Rinde und so in die unteren Teile des Baumes gelangt. Auf diese Weise wird der Baum im Laufe von Tagen und Wochen langsam mit dem Desinfektionsmittel durchdränkt.

In günstigen Ausnahmefällen konnte eine Aufnahme von 3,5 bis 4,5 Liter Flüssigkeit in 20 Stunden durch ein Einföhrungsloch beobachtet und die Ankunft des Medikaments in den Blättern schon nach 10 Stunden festgestellt werden. Meist geht die Verteilung allerdings langsamer vor sich. Die eingeföhrten Heilmittellösungen dürfen nicht zu stark sein, sonst töten sie das Pflanzengewebe an der Einföhrungsstelle. Es dürfen auch nicht zu giftig sein, da nur der Pilz, nicht die Pflanze leiden soll. Als umkarbonat und Aluminiumhydroxid erwiesen sich von zahlreichen Medikamenten am besten. Eine Abkötung der Pilze, gefolgt von einem Vernarden der geschädigten Stellen, wurde erreicht, doch blieb eine neue Ansiedlung nicht ausgeschlossen. Das läßt vorläufig, wie Hauer bemerkt, diese neue Behandlungsart der Bäume noch nicht so recht aussichtsreich erscheinen, so gut der unmittelbare Erfolg auch war.

Streik der Musiker. Am Sonntag nachmittag kurz vor der Vorstellung der Operette „Niedermaus“ im Kurtheater in Baden-Baden, übergaben die Musiker der Theaterleitung eine Forderung um Erhöhung des Monatsgehalts um 1500 Mark. Die Leitung bewilligte die Forderung nicht ganz; die Musiker weigerten sich, weiter zu spielen, die Aufföhrung mußte daher mit Klavierbegleitung vor sich gehen.

Das Vorkriegsdenkmal auf dem Elchplatz in Jena ist nachts von unbekanntem Täter schwer beschädigt worden.

Wegen verbotener Ausfuhr von Seide wurde der Dresdener Kaufman Adolf Malzmann vom Dresdener Schöffengericht zu 100 000 Mt. Geldstrafe verurteilt. Die beschlagnahmte Seide, die nach Chile bestimmt war, und deren Wert 500 000 Mt. beträgt, wird eingezogen.

Hartnäckiger Bösewicht. Der 21jährige Arbeiter Josef Neumüller von Hainzing (Niederbayern) hat fortgesetzt Eisenbahnzüge gefährdet, indem er Radfuhre in die Schienen einklemmte, Holz, Steine und dergl. auf die Schienen legte, um die Züge zum Enthalten zu bringen, und Leitungsdrähte zerschchnitt. Der Bursche wurde vom Volksgericht Landshut zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Es gäbe wohl auch noch andere Mittel, um so gemeingefährliche Burschen zur Vernunft zu bringen.

Großes Fischsterben in der Donau. Die Budapestener Strompolizei machte die Feststellung, daß die Donau von Fischleichen geradezu wimmelt. Es hat sich herausgestellt, daß der Abfluß und der Unrat aus den chemischen, an der Donau liegenden Fabriken nahezu den ganzen Fischbestand ausgerottet hat. Der Schaden ist bedeutend. Die Angelegenheit wird vor Gericht ihr Nachspiel haben.



Aus der Heimat.

Wildbad, den 12. Juli 1922.

Schauschwimmen. Ganz programmgemäß wickelte sich diese Veranstaltung ab. Eine große Zahl der Teilnehmer, besonders die Jugendlichen, trafen bereits am Samstag Abend hier ein und vereinigten sich mit Wildbadern zu einem Begrüßungsabend im Hotel Maish, der in angelegtester und gemüthlichster Weise verlief. Am Sonntag früh um 8 Uhr war Zusammenkunft am Schwimmbad, wo mit Genehmigung des Herrn Bauinspektors Bogt die Jugendlichen ihre Künste vorführten, die den Beweis lieferten, daß im 1. Stuttgarter Amateur-Schwimm-Club 93 tüchtig gearbeitet wird. Bergbahnfahrt, und Besuch des Trinkhallenkonzerts schlossen sich an. Nachmittags um 3 Uhr begann das Schauschwimmen im Kanal am Windhof, der zu diesem Zweck freundlichst von Herrn Treiber zur Verfügung gestellt war. Der Himmel, der in der Frühe ganz verdüstert war, hatte sich aufgehellt, zeitweise schien sogar die Sonne recht schön, doch war das Wasser infolge der starken nächtlichen Abkühlung etwas kalt. Das schreckte aber die tapferen Schwimmer nicht ab, dem sehr zahlreich erschienenen Publikum ihre Künste vorzuführen. Schulschwimmen in den verschiedenen Schwimmarten, beliebige Staffel 3x2 Bahnen, Schallspringen vom Rand, Lagenstaffel 4x2 Bahnen, Brust-, Seite-, Rücken-, Hand-, überhand, Kürspringen von der Brücke, Rettungsschwimmen, Kunstschwimmen, dazwischen zur Erheiterung komische Sprünge wechselten miteinander ab. Auch zeigten Damen ihre Fertigkeit in den verschiedenen Schwimmarten. So gar ein Kriegsinvalide bewies, daß man auch nach Verlust des einen Beines mit dem andern noch gut schwimmen kann, was lauten Beifall auslöste. Auch sonst zeigten die Zuschauer das regste Interesse für das Gebotene. Es war aber auch wirklich eine Freude, die kräftigen Gestalten ihre gewandten Bewegungen im feuchten Elemente ausführen zu sehen, und es ist verständlich, daß sich bei den Zuschauern der Wunsch zur Nachahmung regte. Deshalb wurde auch die Ankündigung, daß hier die Bildung einer Schwimmabteilung bereits in die Wege geleitet ist, beifällig aufgenommen, und eine ganze Anzahl von Meldungen zukünftiger weiblicher und männlicher Mitglieder bezeugt das große Interesse, das man auch in Wildbad dem Schwimmsport entgegenbringt und das offenbar nur durch die mäßlichen hiesigen Schwimmverhältnisse bisher zurückgedämmt wurde. Hier eine Aenderung herbeizuführen wird die nächste Aufgabe der Herren sein, die an dieses Werk herangehen, und sie tun es mit der frohen Hoffnung, daß, wo ein fester Wille ist, sich auch ein Weg findet. Näheres wird dann den Beteiligten noch mitgeteilt. Dem Stuttgarter Schwimmklub sei aber auch an dieser Stelle nochmals der herzlichste Dank für seinen Besuch und seine Darbietungen ausgesprochen, die uns in Wildbad einen neuen Ansporn gegeben haben, den Schwimmsport zu heben zum Wohle der Gesundheit unseres Volkes und insbesondere unserer Jugend. Wenn das gelingt, wird es für die Stuttgarter Herren sicher der schönste Lohn sein. Sie werden uns als Beispiel dienen, dem wir nachzueifern wollen, denn nach allem, was sie uns hier gezeigt haben, ist ihre Arbeit unter ihrem Schwimmwart Herrn Großmann, und ganz besonders auch das Streben, die Disziplin und der ganze Ton in ihrer Jugendabteilung unter deren rührigem Führer, Herrn Obergeringieur Haag, vorbildlich. Möge der 1. Stuttgarter Amateur-Schwimm-Club 93 wachsen, blühen und gedeihen. In diesem Sinne rufen wir ihm ein herzlichliches „Auf Wiedersehen“ zu. ph.

Wohltätigkeitskonzert. Morgen Donnerstag findet im Kurjaal ein Wohltätigkeits-Konzert zu Gunsten der landesarmen Patienten im hiesigen Katharinenstift statt. Aus dem Erlös sollen diese Kranken, deren

Kosten für Aufenthalt und Verpflegung in Wildbad der württembergische Staat übernimmt, durch Reisezeiger, durch Beschaffung von Stöcken, Kräden und Fahrstühlen und durch Liebesgaben verschiedenster Art unterstützt werden. In den bewährten Händen des Musikdirektors Franz liegt die Leitung des Konzerts. Seine Kapelle wird erwählte Stücke von Beethoven und Grieg spielen. Herr P. Franz jr. bringt ein Cello-Solo zum Vortrag. Eine vorübergehend hier weilende junge Ausländerin, Fräulein Britta Nilsson aus Karlskrona in Schweden, die schon wiederholt in Wohltätigkeitskonzerten in Deutschland aufgetreten ist, wird zwei deutsche und zwei schwedische Lieder singen. Die Kurgäste werden ebensowohl im Hinblick auf den guten Zweck der Veranstaltung, wie in Aussicht auf den dabei bevorstehenden Kunstgenuss, angelegentlichst auf das Konzert hingewiesen.

Die drei neuen Glocken für die evangelische Stadtkirche sind vor Kurzem in der Glockengießerei Ruch zu Stuttgart gegossen worden. Sie sind, wie uns mitgeteilt wird, sowohl hinsichtlich des Tones als auch des Klanges aufs Beste ausgefallen. Im Auftrag des Kirchengemeinderats wurden sie am 28. Juni durch zwei Sachverständige, Herrn Oberreallehrer Widmaier von Neuenbürg und Herrn St. Nikolausorganist Stöbel von Stuttgart, einer Prüfung unterzogen. Die von diesen Herren abgegebenen Gutachten sprechen sich außerordentlich anerkennend über das neue Geläut aus. Herr Widmaier schreibt u. a.: „Sämtliche drei Glocken sind ihrer Disposition entsprechend, vorzüglich gelungen und haben einen reinen, außerordentlich kräftigen Klang; jede einzelne Glocke gibt deutlich den vollen Moll-Akkord: 1, 3, 5 ihres Grundtons und außerdem und neben weiteren Unteruntönen als für den Vollklang besonders wertvolle Beigabe die Unteroktave des Anschlagtons. Das Geläute stellt den reinen e-moll-Akkord dar und trägt, da jede einzelne Glocke als Vollglocke gegossen ist, ausgesprochenen Moll-Charakter, der durch den Anschlagton der h-Glocke etwas nach dem wünschenswerten Dur hin aufgehellt wird. Mit seinen wuchtigen und reinen Klängen wird das Geläute eine mächtige Wirkung haben.“ In dem Gutachten des Herrn Stöbel heißt es u. a.: „Die Glocken geben die Schlagtöne e g h. Die je eine Oktave tiefer angeordneten Untertöne sind ganz rein und von außergewöhnlicher Fülle. Auch die Obertöne aller drei Glocken zeichnen sich durch Reinheit aus. Wundervoll ist insbesondere der reine Zusammenklang der noch lange nachklingenden drei Untertöne. Mit diesem Geläut ist alles erreicht, was sich bei der gebotenen sparsamen Verwendung des Materials erreichen läßt.“ — Sobald nun der bisherige Glockenstuhl durch den neuen ersetzt ist, werden die Glocken per Auto abgeholt. Als Tag der Glockenweihe ist der übernächste Sonntag, 23. Juli, ins Auge gefaßt.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 11. Juli 488,50 Mark.
1000 Österreichische Kronen = 20% Schweizer Rappen.
 Der letzten Besserung des Marktkurses wird nach den „Times“ an der Londoner Börse keine große Bedeutung beigemessen, da man eine Festigung der Mark für unmöglich hält, solange die Frage der deutschen Kriegsschuldigung und der Kriegsschulden der Verbandsstaaten untereinander nicht geregelt sei. Der New Yorker Mitarbeiter des Blattes schreibt, eine Herabsetzung der deutschen Schuldsumme und ein neuer Zahlungsausschub seien unvermeidlich. — Es fragt sich nur, um welchen Preis?
 Der Wert der Markt im Ausland. Für 100 Mark wurden am Ende voriger Woche bezahlt in Zürich 1,035 Franken (vor dem Krieg 125,40), Amsterdam 0,49 Gulden (59,20), Kopenhagen 0,90 Kronen (88,80), Stockholm 0,67 Kr. (88,80), Wien 4,420,00 Kr. (117,81), Prag 9,20 Kr. (117,80), London 1,00 Schilling (97,80), New York 0,1938 Dollar (28,80), Paris 2,40 Francs (125,40), Rom 4,35 Lire (123,45).

Stuttgarter Börse vom 11. Juli. Bei stark eingeschränktem Geschäft verkehrte die heutige Börse in durchweg schwacher Haltung. Es genigte schon ein Angebot von wenigen Stücken, um bei der Zurückhaltung der Käufer die Kurse zu drücken; doch zeigte sich nirgends dringendes Angebot. Auf dem Markt der Bankaktien waren Bankaktien 20 niedriger, dagegen waren Hypothekbank 5 und Notenbank ebenfalls 5 höher bei 180 bzw. 585. Vereinsbank 245 (255). Der Markt der Brauereialtinen war ruhig. Ravensburg 320 (340), Ehlinger 310, Rettenmeyer-Tivoli 430 (455), Pfauen 480, Hohenzollern 500 (525), Wulle 455 (400), Zahn 170. Von den Metallaktien waren Feinmechanik um 230 niedriger bei 1250, Hohner 1400 (1490), Jungbans 520 (600), Württ. Metall 1450 (1500). Auf dem Markt der Maschinenaktien waren Daimler 480 gegen 545, Kaupheimer 1105 (1150), Ehlinger 930 (1080), Hesser 900 (1023), Weingarten 900 (1050), Neckarjäger 740 (849). Auch der Markt der Spinereialtinen lag schwach. Erlangen 1400 angeboten gegen 1430 gestern, Unterhausen 1900, Wietzheim 1375 (1550), Kolb u. Schüle 1700 (1870), Kuchen 1850 (1700), Filz 1400 (1570), Ehlingen 1600, Kattun 2850, Koffern gestrichen wegen zu großem Angebot. Von den sonstigen Werten waren Anilin 50 niedriger bei 850, Bremen-Besigheimer 1050 (2050), Heidelberger Zement 800 (809), Köln-Roßweil 900 (1030), Krumm 390 (470), Sehkellerei Wachenheim 850 (875), Schleppschiffahrt zu 720 angeboten, Wäckerle 910 (950), Straßenbahnen 220 (240), Stuttgarter Zucker 748 (820), Mannheimer Del 980 (1020), Transport 900, Ziegelwerke Ludwigsburg 750 (900). Württ. Vereinsbank.

Mannheimer Produktbörse vom 10. Juli. Benannt wurden die 100 Kilo bahnfrei Mannheim: Weizen 2650-2700 M, Gerste 2850-2900 M, Futtergerste von der Roldau 2200-2300 M, Roggen 2000-2100 M, Hafer 2100-2150 M und Mais 2000-2100 M. Nachmehl kostete 1500-1600 M, Futtermehl 1400, Mele 1300 M ab Mühle. In Hülsenfrüchten bestand kaum irgendwelches Angebot. Saigon-Reis kostete 30 M das Kilo im Großhandel.

Märkte

Viehmarkt Karlsruhe, 10. Juli. Zufuhr 381 Stück. 31 Ochsen, 32 Färren, 11 Kühe, 58 Färsen, 21 Kälber, 218 Schweine. Preis für den Jentner Lebendgewicht: Ochsen 1. Sorte: 3300-3400 M, 2. Sorte: 3200-3300 M, 3. Sorte: 3050-3200 M, 4. Sorte: 2900 bis 3050 M. Färren 1. Sorte: 3200-3300 M, 2. Sorte: 3100 bis 3200 M, 3. Sorte: 2950-3100 M. Kühe 1. Sorte: 3250-3400 M, 2. Sorte: 3100-3250 M, 3. Sorte: 2900-3100 M, 4. Sorte: 2700 bis 2900 M. Kälber 3. Sorte: 3800-3900 M, 4. Sorte: 3700 bis 3800 M, 5. Sorte: 3600-3700 M. Schweine von 240-300 Pfd.: 6650-6800 M, von 200-240 Pfd.: 6500-6650 M, von 160-200 Pfd.: 6350-6500 M, von 160 Pfd.: 6200-6300 M, Sotten 6000 bis 6200 M. Beste Sorte aber Rotz bejahlt. Tendenz des Marktes: langsam, Markt nicht geräumt.

Mannheimer Schlachthofmarkt vom 10. Juli. Zugeliefert waren: 196 Ochsen, 188 Bullen, 875 Kühe und Rinder, 395 Kälber, 240 Schafe und 918 Schweine. Bezahlt wurden die 50 Kilo Lebendgewicht für Ochsen 2300-3000 M, Bullen 2000-3500 M, Kühe und Rinder 1700-3600 M, Kälber 3400-4200 M, Schafe 1700-3500 M, Schweine 6400-7000 M. Stimmung: Großviehhandel lebhaft, geräumt; Kälberhandel lebhaft, ausverkauft; Schafhandel lebhaft, geräumt; Schweinehandel ruhig, kleiner Ueberstand.

Stuttgart, 11. Juli. Schlachthofmarkt. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: Ochsen 71 Stück, 27 Bullen, 230 Jungbullen, 267 Jungkälber, 288 Kühe, 511 Kälber, 594 Schafe, 19 Schafe, 3 Ziegen. Unerkauft blieben 10 Jungkälber und 20 Kühe. Erlöst wurden aus je 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen 1.: 3050-3500, 2.: 2600-2900, Bullen 1.: 3000-3200, 2.: 2400-2800, Jungkälber 1.: 3150-3450, 2.: 2700 bis 3000, 3.: 2400-2800, Kühe 1.: 2300-2650, 2.: 1550-2050, 3.: 1050-1400, Kälber 1.: 3850-4050, 2.: 3500-3750, 3.: 2800 bis 3250, Schweine 1.: 6200-6300, 2.: 5800-6100, 3.: 5550 bis 5700 M. Verkauf des Marktes: mäßig belebt.

Schweinemarkt Ludwigsburg, 11. Juli. Zufuhr 67 Milchschweine, 5 Käufer. Preis für ein Paar Milchschweine 5600-7600 M, Käufer 11 200-12 400 M. Marktverlauf: Die heutige Zufuhr war eine schwache. Verkauft wurden 5 Käufer und 55 Milchschweine. Käufer waren wenig vorhanden. Der Verkauf ging zögernd von statten.

Köfenburg, 11. Juli. Viehmarkt. Dem Viehmarkt, der schwach besahten war, wurden zugeführt: 27 Kühe, 22 Kälbinnen, 52 Rinder und 180 Milchschweine. Davon wurden verkauft: 9 Kühe, das Stück von 17 000-32 000 M, 6 Kälbinnen, das Stück zu 26 000-39 500 M, 21 Rinder, das Stück zu 9500-25 000 M. Milchschweine wurden 9 Stück verkauft, das Stück zu 2000 bis 3000 M. Der Verkauf des Marktes war ruhig, die Kaufkraft ganz gering; wer nicht gezwungen war zu kaufen, ließ sich zu einem Handel nicht herbei, da die geforderten Preise beinahe unerreichbar sind. Auch auf dem Schweinemarkt war die Kaufkraft gering infolge der hohen Preise.

RBN *Phil. Bosch Nachf.*
W *Wildbad,*
Hauptstraße Telefon 32.

Große Auswahl
 in
 Manufakturwaren
 Aussteuerartikeln
 Damen-Wäsche
 Herren-Wäsche
 Trikotagen
 Kragen Cravatten

Reelle Bedienung!
Billigste Preise!

Alleinverkauf für Wildbad und Umgebung.
 Schuhhaus
W. Treiber
 Ludwig-Seegerstr. 17.

Beachten Sie die Schaufenster mit den neuen Gesellschafts- und Strassen-Modellen.

MERCEDES



Tennis-Artikel!
Sporthaus Kuntze
 Kronenstr. 3 Pforzheim Tel. 3589

Kräuterkäse Marke HB wird jetzt wieder in allerbest. Friedensware weich und in Spundform angefertigt, und ist in Delikatessengeschäften, Kolonialwarenhandlungen und Konsumvereinen zu haben. Alleinigere Fabrikant **Heinrich Bort, Wangen i. A.**

1,4 Enten 21er Brut zu verkaufen. **Robert Stirner.**

Waschtisch oder **Kommode** zu pachten gesucht. Wer? sagt die Exp. ds. Bl. 488

Futterkalk **Glaubersalz** A. u. W. Schmitt, Med.-Drogerie. Für die Küche wird eine **Frau** auf den ganzen Tag sofort gesucht. **Villa Mathilde.** Welche ausl. Familie würde tücht. Konf. geb. ält. Pianistin die engl. spricht als **Lehrerin** oder **Gesellschafterin** mit ins Ausland nehmen? Off. an Privatier Chr. Lorch, Heidenheim a. Br.

Frauen Qual. Jetzt wird Ibaen geholfen

bel Störungen u. Stockungen verwenden sie meine Spezialmittel **1000de Erfolge**, vielfach in einigen Stunden, oder nächsten Tage, schmerzlos, ohne Berufsstörung, unschädlich, mit **Garantie-Schein**. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie klagen. Diskreter Versand! Fr. Mertens, Dortmund, Schwanenwall Nr. 31.

Landeskurtheater Direktion: Steng-Krauß. Mittwoch, den 12. Juli 1922 **Meine Frau, das Fräulein** Operette in 3 Akten Donnerstag, 13. Juli 1922 **Gastspiel Isabella Gundry vom Landestheater Gotha.** **Im weißen Rößl** Lustspiel in 3 Aufzügen Hierauf: **Als ich wiederkam** Lustspiel in 2 Aufzügen